

EINLADUNG

57. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Tiefbau -Zoom-Meeting. Gäste möchten sich bitte vorab im BV-Büro (bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de) anmelden. Sie erhalten die Zugangsdaten per E-Mail.-

Sitzungstermin: **Mittwoch, 12.05.2021, 17:30 Uhr**

Raum, Ort: **Zoom-Meeting**

Tagesordnung

- | | | |
|----|--|---------------|
| 1 | Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 2 | Annahme von Niederschriften | |
| 3 | Sachstand Verkehrsberuhigter Bereich Zillestraße | |
| 4 | Karl-August-Kiez lebenswert gestalten
Fraktion DIE LINKE | 1258/5 |
| 5 | Achtung Ampel – für die Detmolder Straße!
SPD-Fraktion | 1707/5 |
| 6 | Verkehrskonzept erarbeiten
FDP-Fraktion | 1776/5 |
| 7 | Geschützter Radstreifen für die Caprivibrücke
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1781/5 |
| 8 | Radweg in der Hagenstraße und Fontanestraße
SPD-Fraktion | 1790/5 |
| 9 | Verpollerung der Kläre-Bloch-Platzes zeitnah zurückbauen
SPD-Fraktion | 1794/5 |
| 10 | Lieferzone in der Konstanzer Straße
CDU-Fraktion | 1815/5 |
| 11 | Klare Regelungen auf der Hildegardstraße – Teil 2
SPD-Fraktion | 1837/5 |
| 12 | Errichtung eines Zebrastreifens
SPD-Fraktion | 1841/5 |
| 13 | Endlich ein funktionsfähiges Parkraummanagement im Bezirk schaffen
SPD-Fraktion | 1842/5 |

14	Von temporär zu dauerhaft: Durchgangsverkehr aus der Krumme Straße nehmen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1847/5
15	Kieze vor Umleitungsverkehr der Autobahnbaustellen schützen SPD-Fraktion	1872/5
16	Neues Quartier Joli Coeur endlich zukunftsfähig verkehrlich anbinden SPD-Fraktion	1873/5
17	Gestaltung Kreuzungsbereich Horstweg / Wundtstraße CDU-Fraktion	1878/5
18	Park & Ride ausbauen CDU-Fraktion	1879/5
19	Durchgangsverkehr durch die Bruchsaler Straße unterbinden CDU-Fraktion	1882/5
20	Meyerinckplatz und Giesebrechtstraße vom Durchgangsverkehr entlasten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1890/5
21	Schneller los - mit Haltebügel und Fußstütze - in der Bismarckstraße CDU-Fraktion	1920/5
22	Eine öffentliche Toilette für den S-Bahnhof Heerstraße CDU-Fraktion	1922/5
23	Grünpfeil-Schilder für den Radverkehr auch in Charlottenburg-Wilmersdorf installieren CDU-Fraktion	1924/5
24	Mehr Sicherheit im Straßenverkehr für alle - Ausbau der Fahrradstaffeln CDU-Fraktion	1927/5
25	Lieferzone in der Bamberger Straße einrichten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1937/5
26	Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung	
27	Verschiedenes	

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Saßen
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1258/5**

Beratungsfolge:	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Karl-August-Kiez lebenswert gestalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, das Gebiet um den Karl-August-Platz verkehrlich so umzugestalten, dass der „Raserverkehr“ sowie die in der Gesamtheit chaotischen Zustände für alle Verkehrsteilnehmer*innen beendet werden und die Lebensqualität im Kiez wieder zunimmt.

Die Pläne zur Umgestaltung sollen im Rahmen von Workshops gemeinsam mit den Anwohner*innen sowie der sich neu gegründeten Bürgerinitiative „Karl-August-Kiez“ erarbeitet werden.

Das Bezirksamt wird beauftragt, in einem ersten Schritt folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Krumme Straße als Durchgangsstraße sperren
- Einbau von Bodenschwellen bei allen Einfahrten in die verkehrsberuhigte Zone
- Stellplätze in Abschnitten der Schiller-, Goethe- und Pestalozzistraße als Anwohner*innenstellplätze ausweisen
- Vervollständigung der verkehrsberuhigten Zone, sodass die Verkehrsberuhigung einheitlich ist statt eines unübersichtlichen Wechsels zwischen 30iger und verkehrsberuhigter Zone
- Parkraumbewirtschaftung den Öffnungszeiten des Einzelhandels anpassen

Des Weiteren wird das Bezirksamt aufgefordert zu prüfen, inwieweit eine dauerhafte und kostengünstige Nutzung der vorhandenen Parkhäuser durch die Anwohner*innen ermöglicht werden kann.

Der BVV ist bis zum 31.10.2019 zu berichten.

Begründung:

Das Gebiet um den Karl-August-Platz wird begrenzt durch die Bismarck- und Kantstraße sowie die Kaiser-Friedrich- und Leibnizstraße.

Erst im letzten Monat ereignete sich ein schwerer Unfall mit Todesfolge in der Krummen Straße/Schillerstraße, innerhalb von zwei Jahren bereits der zweite im Karl-August-Kiez. Auf Grund der sich in diesem Gebiet befindenden Fußgängerzone der Wilmersdorfer Straße mit Einkaufsmöglichkeiten sowie dem wöchentlich stattfindenden Markt auf dem Karl-August-Platz herrscht ein hohes Aufkommen an Kfz-Verkehr. Fahrradfahrer*innen sehen sich insbesondere auf Grund dieses hohen Aufkommens und der Nicht-Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung dazu gezwungen, auf Gehwege auszuweichen, was wiederum die Fußgänger*innen gefährdet.

Diese chaotische Situation muss für alle Verkehrsteilnehmer*innen entschärft werden, um die Lebensqualität im Kiez wieder zu steigern. Die vorhandenen Parkplätze sollen Anwohner*innen vorbehalten sein, um den Durchgangsverkehr zurückzudrängen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1707/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Achtung Ampel – für die Detmolder Straße!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Hinweisschilder auf die nahende Ampel an der Kreuzung Detmolder Straße / Weimarsche Straße an allen Straßenseiten anzubringen.

Der BVV ist bis zum 31.01.2021 zu berichten.

Begründung:

Immer wieder kommt es zu gefährlichen Situationen, weil Autofahrer*innen kommend aus der Weimarsche Straße, die an der Kreuzung nahestehende Ampel auf der Detmolder Straße nicht sehen. Dementsprechend kommt es hier häufig zu Rotlichtverstößen. Dies führt zu gefährlichen Situationen, wenn Passant*innen die Ampel überqueren. Vor allem, wenn die Detmolder Straße als Ausweichstraße zur Autobahn benutzt wird, überholen PKWs häufig zweite Reihe Parkende und übersehen dabei die Lichtzeichen der Ampel. Das Aufstellen von Hinweisschildern führt dazu, dass der motorisierte Verkehr auf die Ampel aufmerksam gemacht wird. Dies kann in Zukunft schwerere Unfälle vermeiden.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1776/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verkehrskonzept erarbeiten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz für den Bereich Wexstraße / Prinzregentenstraße / Bruchsaler Straße / Durlacher Straße ein umfassendes Verkehrskonzept zu erarbeiten, welches den Abfluss des motorisierten Verkehrs aus der Wexstraße in die Bundesallee sicherstellt und die angrenzenden Wohngebiete vor Verkehrslärm schützt.

Begründung:

Über die Wexstraße fließt motorisierter Verkehr von der Stadtautobahn in den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ab. Diese sollte bestmöglich in die Bundesallee fließen, um sich von dort Richtung Norden (City West) oder nach Süden (Steglitz-Zehlendorf) verteilen zu können. Die Wexstraße scheint die erforderlichen Kapazitäten aufgrund der Kreuzungssituation am Bundesplatz nicht zur Verfügung stellen zu können, weswegen Verkehr in die angrenzenden Wohngebiete abfließt und dort zu unnötigen Belastungen führt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1781/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Geschützter Radstreifen für die Caprivibrücke

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass auf der Caprivibrücke eine geschützte Radinfrastruktur eingerichtet wird und zu prüfen, wie diese in der Wintersteinstraße und Sömmeringstraße im Rahmen der zukünftigen Nord-Süd-Fahrradroute fortgeführt werden kann. An den Enden der Brücke sind Gehwegvorstreckungen zu prüfen, um eine bessere Querung für zur Fuß Gehende zu erreichen.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2021 zu berichten.

Begründung:

Die Caprivibrücke hat zwar zwei Fahrradangebotsstreifen, doch diese sind ungeschützt. Hier wurde ein Radfahrender von einem Autofahrenden tödlich verletzt. Im Bericht der Morgenpost vom 19.11.2020 hierzu schildern Anwohnende, dass der Bereich öfter für zu schnelles Fahren genutzt wird (<https://www.morgenpost.de/berlin/polizeibericht/article230938438/Toedlicher-Unfall-in-Berlin-Charlottenburg-Gelaendewagen-erfasst-Radfahrer.html>). Um den Fahrstreifen besser vom Radstreifen abzutrennen, sollte der Radstreifen am Fahrbahnrand entlangführen. Der Radstreifen kann gegenüber dem Fahrstreifen z.B. durch Poller oder Protektionselemente besser markiert werden. Für bessere Sichtbeziehungen sollten die Parkstreifen auf der Brücke entfallen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1790/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Radweg in der Hagenstraße und Fontanestraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich gegenüber der Infravelo GmbH und der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz für einen Radweg in der Hagenstraße und Fontanestraße zwischen Roseneck und S-Bahnhof Grunewald einzusetzen. Dabei sollen die Qualitätskriterien des Mobilitätsgesetzes Anwendung finden. Der Radweg ist in die Kategorie Vorrangnetz als Zubringer zum geplanten Radschnellweg Kohlhasenbrück – Kronprinzessinnenweg einzustufen, der im Bereich des S-Bahnhof Grunewald verläuft.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Hagenstraße ist für viele Radfahrer*innen eine wichtige Verbindungsstraße vom und zum S-Bahnhof Grunewald, sowie auch zum dahinter beginnenden Grunewald selbst. Für die Fahrradfahrer*innen, die dort unterwegs sind, kommt es immer wieder zu gefährlichen Überholmanövern.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Burth

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1794/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verpollerung der Kläre-Bloch-Platzes zeitnah zurückbauen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die im Dez. 2020 quer über den Kläre-Bloch-Platz installierte erste Pollerreihe zeitnah zurück bauen zu lassen. Die angestrebte Verpollerung des Platzes würde dessen Nutzbarkeit und Gestaltung massiv beeinträchtigen und dort spielende Kinder gefährden.

Stattdessen wird das Bezirksamt aufgefordert, soweit erforderlich, nach einer anderen Lösung für den Schutz der Nutzer*innen und des Plattenbelags auf dem Platz vor Falschparkern zu sorgen und die verschiedenen Lösungsalternativen - vor der eventuellen Veranlassung neuer Bauaktivitäten - in den zuständigen BVV-Ausschüssen, aber auch den interessierten Anwohner*innen und Nutzer*innen des Platzes vorzustellen. Darüber hinaus ist auch eine Ergänzung von Sitzgelegenheiten auf dem Platz zu prüfen.

Zusätzlich wird das Bezirksamt gebeten, der BVV bzw. den zuständigen Ausschüssen schriftlich darzulegen, welche Kosten durch die nach 2014 wiederholte Verpollerung des Platzes und deren Rückbau entstehen bzw. entstanden sind und wer für diese Fehlinvestition im BA die Verantwortung übernimmt.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Nutzung des Kläre-Bloch-Platzes, der sich im Sommerhalbjahr großer Beliebtheit erfreut, wird – insbesondere was die Spielmöglichkeiten für Kinder betrifft - durch die im Dezember 2020 installierte erste (von vier) Pollerreihen quer über die Platzfläche massiv eingeschränkt. Dasselbe Vorhaben mit insgesamt vier Pollerreihen auf dem Platz hatte das Tiefbauamt des Bezirksamts bereits 2014 gestartet, dann aber nach massiven Protesten zurückgebaut.

Die Maßnahme, die damals wie heute vor allem zum Schutz des Platzes bzw. eigentlich nur zum Schutz der Platzpflasterung vor Falschparkern begründet wird (Schädigung der

Gehwegplatten durch zu hohes Gewicht von Fahrzeugen), kann auch durch einen einzelnen versenkbaren bzw. klappbaren Poller an jeder Einfahrt zu den zwei Feuerwehreinfahrten erreicht werden, ohne die - ohnehin geschützte Gestaltung - des Platzes und dessen Nutzung zu stören.

Alternativ könnte auch eine regelmäßige Bestreifung durch das Ordnungsamt in Verbindung mit einem Umsetzen dort mit Behinderung falsch parkender Fahrzeuge das Schutzziel erreichen.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Brzezinski

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1815/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Lieferzone in der Konstanzer Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Halteverbotszone vor dem REWE in der Konstanzer Str. auch als Lieferzone zu kennzeichnen und diese in Absprache mit der Marktleitung zeitlich auszuweiten und zu prüfen ob diese vergrößert werden muss.

Der BVV ist bis zum 31.3.2021 zu berichten.

Begründung:
Ggf mündlich.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1837/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Klare Regelungen auf der Hildegardstraße – Teil 2

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, hinsichtlich der VZK zur Drucksache 0735/5 Schilder und Barken aufzustellen, die darauf hinweisen, dass der markierte Fahrradweg nicht mehr benutzbar ist. Ferner wird das Bezirksamt aufgefordert zukünftig bei notwendigen Straßenbaumaßnahmen, die auch den noch vorhandenen Fahrradweg betreffen, die entsprechenden farbigen Steine auszutauschen und damit sukzessiv den Fahrradweg zu entfernen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Die derzeitige Situation in der Hildegardstraße ist mehr als unübersichtlich. Auf dem Fußgängerweg ist teilweise noch eine alte Markierung des Fahrradangebotsstreifens zu erkennen. Diese verblasst jedoch stark. Zusätzlich besteht die Gefahr in der Benutzung dieses Fahrradangebotsstreifens durch das aufbrechende Wurzelwerk der angrenzenden Bäume, so dass viele Teilabschnitte dieses Angebotsstreifens bereits umfahren werden müssen. An der Ecke Hildegardstraße/ Livländische Straße besteht bereits eine komplette

Sperrung des Fahrradangebotsstreifens. Dieser Umstand machen die Nutzung des Fahrradangebotsstreifens zu einem gefährlichen Unterfangen für Fahrradfahrer und Fußgänger bei Ausweichmanövern. Dies zeigt auch die VZK zum Antrag 0735/5. Da die parallellaufende Hildegardstraße nur mit maximal einer Geschwindigkeit von 30 km/h befahren werden darf, ist bereits jetzt schon der Radverkehr auf der Straße möglich. Deswegen soll das Bezirksamt sich für den schrittweisen und kostengünstigen Rückbau des Fahrradweges einsetzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1841/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Errichtung eines Zebrastreifens

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz für die Errichtung eines Fußgängerüberweges mit Zebrastreifen in der Teplitzer Straße vor dem Seniorenheim „Residenz am Roseneck“ einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.06.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Teplitzer Straße ist eine viel befahrene Straße mit zulässiger Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Durch das hohe Verkehrsaufkommen und die hohe Durchfahrtgeschwindigkeit sind Straßenüberquerungen außerhalb der weitab befindlichen Lichtzeichenanlagen am Roseneck und am Joseph-Joachim-Platz mit einem erheblichen Risiko verbunden.

Darüber hinaus wird der Notwendigkeit solch einer Anlage auch im Hinblick auf das zurzeit in Renovierung befindliche Seniorenheim „Residenz am Roseneck“ mit zukünftig zusätzlich erhöhtem Fußgängeraufkommen Rechnung getragen.

Gemäß den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ 2001) treffen die allgemeinen, örtlichen und verkehrlichen Voraussetzungen für eine solche Anlage zu. Nach dem kürzlich in Kraft getretenen Teil II Fußgänger des Mobilitätsgesetzes genießt der Antrag hohe Priorität.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1842/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Endlich ein funktionsfähiges Parkraummanagement im Bezirk schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, nach dem Vorbild von Wien und München eine räumlich differenzierte und vertiefte Studie zur Parkraumsituation in unseren Bezirk zu beauftragen als Grundlage für weitere Entscheidungen der BVV zu Maßnahmen des Parkraummanagements.

In einer Bestandsanalyse sind „kiezscharf“ die Anzahl der gemeldeten privaten Pkws der Anwohner*innen, die Nachfrage durch Pkw-Pendler*innen, Gewerbetreibende und im abendlichen Freizeitverkehr, die zur Verfügung stehenden Parkplätze, die Parkraumauslastung, die Tagesganglinie und die Parkdauerverteilung zu erfassen.

Weiterhin sind für den Planungshorizont 2030 in Modellrechnungen die Verschärfung der Lage anhand der steigenden Nachfrage und der sich gleichzeitig verknappenden Parkplätze abzuschätzen unter Berücksichtigung der neuen Randbedingungen:

- Schneller steigende Pendlerströme aus dem Umland aufgrund der absehbaren Verzögerung der Umsetzung von „i2030“ (alle Schieneninfrastrukturprojekte der S- und Regionalbahnen) auf den Zeitraum 2040 – 2050
- Verdichtung des Bezirks durch den Wohnungsneubau und zusätzliches Gewerbe
- Wegfall von Stellplätzen im Zusammenhang mit dem Mobilitätsgesetz (Radwege, Fußgängerfurten und Lieferzonen)
- Einschränkungen der Parkplätze durch das Ladesäulen-Programm.

Im zweiten Schritt ist mit externer Unterstützung ein differenziertes Konzept für Maßnahmen eines lizenzierten Parkraummanagements mit dem Ziel eines Vorrangs der Sicherung der Parkmöglichkeiten für die Anwohner*innen und den notwendigen Wirtschaftsverkehr, der Reduzierung des Parksuchverkehrs und der Umsetzung des Luftreinhalte- und Lärminderungsplans zu erarbeiten.

Dabei sind die Instrumente der Parkregelungen des Anwohnerparkens, des Mischparkens, des Kurzzeitparkens, des Haltens und Parken zum Be- und Entladen sowie der

zeitlich begrenzten Lieferzonen zielgenau anzuwenden. In Gebieten, wo die Parkraumbe-wirtschaftung nicht mehr wirkt, weil die Motorisierungsrate die zur Verfügung stehenden Parkplätze übersteigt, sind auch reservierbare Parkplätze in Quartiersgaragen anzubieten und zu kostendeckend vermieten.

Der BVV ist bis zum 30.06.2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1847/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Von temporär zu dauerhaft: Durchgangsverkehr aus der Krumme Straße nehmen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die geplante temporäre Sperrung der Krumme Straße am Karl-August-Platz in eine dauerhafte Maßnahme zu überführen. Dabei können die temporären Einrichtungen über die anberaumte Phase hinaus genutzt werden, bis dauerhafte Modalfilter eingesetzt werden.

Begründung

Die Krumme Straße wird als Schleichweg zwischen Kantstraße und Bismarckstraße genutzt. Da sie durch ein einen verkehrsberuhigten Bereich führt, ist sie alles andere als geeignet, mehr als den Quell- und Zielverkehr vor Ort aufzunehmen. Weniger Verkehr trägt zu gleich zu mehr Verkehrssicherheit vor Ort bei. Daher sollte die temporäre Sperrung der Krumme Straße am Karl-August-Platz in einen dauerhaften Zustand überführt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Burth

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1872/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kieze vor Umleitungsverkehr der Autobahnbaustellen schützen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz ein Konzept für den Schutz der angrenzenden Wohngebiete bei den ab 2023 bevorstehenden Neu- und Ersatzbaumaßnahmen an der Stadtautobahn vorzulegen. Dabei ist insbesondere zusätzlicher Schleich- und Ausweichverkehr durch Wohn- und Nebenstraßen durch geeignete verkehrliche Maßnahmen wirksam abzuwehren.

Der BVV ist bis zum 31.05.2021 zu berichten.

Begründung:

Nach den Planungen der Deges GmbH werden die Bauarbeiten am Autobahndreieck Funkturm und voraussichtlich an der Rudolf-Wissel-Brücke im Jahr 2023 beginnen. Dabei sollen bereits in der ersten Bauphase mehrere Brücken am Dreieck Funkturm abgerissen und der überwiegende Teil der Auf- und Abfahrten gesperrt werden, was zu erheblichen Umleitungen und Verkehrsverlagerungen im gesamten Bereich zwischen Rathenautunnel und AS Spandauer Damm führen wird.

U.a. wird eine Ersatzstrecke für die A 100 durch die Kleingärten an der Dernburgstr. gebaut und die Sophie-Charlotten-Str. wird zwischen AS Kaiserdamm und dem Kaiserdamm zu einer vierspurigen Einbahnstraße Richtung Süden ausgebaut. Das Rechtsabbiegen an der AS Spandauer Damm aus der Fahrtrichtung Nord wird für mehrere Jahre unterbunden.

Damit müssen alle Fahrzeuge, die die A 100 von Süden kommend, stadteinwärts Richtung Otto-Suhr-Allee fahren wollen, von der AS Kaiserdamm die zweispurige Sophie-Charlotten-Str. Richtung Norden nutzen und am Spandauer Damm rechts abbiegen. Massive Staus und damit auch Ausweichverkehre sind deshalb abzusehen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Burth

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1873/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Neues Quartier Joli Coeur endlich zukunftsfähig verkehrlich anbinden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit der Verkehrsverwaltung auf Landesebene ein Konzept für die Verkehrsanbindung des massiv erweiterten Wohnquartiers „Joli Coeur“ im nördlichen Bereich der Sophie-Charlotten-Straße, der Pulsstraße und dem Heubnerweg vorzulegen.

Der BVV ist bis zum 31.05.2021 zu berichten.

Begründung:

Nach der Erweiterung des Studentenwohnheims in der Mollwitzstraße und der Schlossparkklinik werden dort in Kürze mehrere hundert Wohnungen bezugsfertig. Der gesamte Fahrzeugverkehr aus und zu diesem Gebiet wird gemeinsam mit der Buslinie 309 nach heutigem Stand über die zweispurige Sophie-Charlotten-Straße zum Spandauer Damm geführt, was absehbar massive Verkehrsprobleme verursachen wird.

Bereits während der Bauphase ist die Verkehrssituation im o.g. Gebiet als kritisch zu bezeichnen. Die BVG setzt bereits zeitweilig Kleinbusse ein, weil normale BVG-Fahrzeuge die völlig zugeparkte Pulsstraße und die nördliche Sophie-Charlotten-Straße nicht mehr passieren kann. Nach Bezug der weitgehend fertiggestellten Wohnungen in mehreren Neubauten im Quartier ist das Verkehrschaos auf der Sophie-Charlotten-Straße insbesondere im Kreuzungsbereich am Spandauer Damm vorprogrammiert. Dazu kommt ab 2023 noch der Umleitungsverkehr von der A 100, der die Kreuzung Sophie-Charlotten-Straße/Spandauer Damm von Süden her nutzen wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Brzezinski

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1878/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Gestaltung Kreuzungsbereich Horstweg / Wundtstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, vor einer Entscheidung zur zukünftigen Gestaltung des Kreuzungsbereichs Horstweg / Wundtstraße, die unterschiedlichen Möglichkeiten der Umgestaltung, die Ergebnisse des Modellversuchs als Stadtplatz und die vorliegenden Meinungsäußerungen der Anwohner sowie die jeweiligen Vor- und Nachteile unvoreingenommen sowohl dem Ausschuss für Verkehr und Tiefbau als auch der Öffentlichkeit darzustellen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Auch wenn die Umgestaltung des Kreuzungsbereichs Horstweg / Wundtstraße zu einem Stadtplatz in der kommenden Investitionsplanung nicht mehr enthalten ist, ist eine Umsetzung aus anderen Mitteln (Programm Stadtplätze) im Gespräch. Der Modellversuch fand nicht nur Zustimmung. Es entsteht der Eindruck, dass Gegenstimmen nicht ausgewogen berücksichtigt werden. Dies widerspricht dem Sinn von Bürgerbeteiligung.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Brzezinski

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1879/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Park & Ride ausbauen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zum Ausbau von Park & Ride-Angeboten im Bezirk zu erstellen und dem zuständigen Ausschuss vorzulegen. Dieses Konzept soll sowohl den motorisierten Verkehr als auch den Fahrradverkehr berücksichtigen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Es ist unbestritten, dass es sinnvoll ist, den Individualverkehr in der Innenstadt zu reduzieren. Dies wird aber nur gelingen, wenn den Menschen entsprechende Alternativen zur Verfügung stehen. Park & Ride Angebote sind dabei ein Baustein. Ein Konzept hierfür ist längst überfällig.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hertel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1882/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Durchgangsverkehr durch die Bruchsaler Straße unterbinden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, wie der durch die Diagonalsperre an der Prinzregentenstraße verursachte Durchgangsverkehr in der Bruchsaler Straße unterbunden werden kann, beispielsweise durch Einrichtung einer Einbahnstraße in Richtung Wexstraße.

Der BVV ist bis zum 31.05.2021 zu berichten.

Begründung:
Ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1890/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Meyerinckplatz und Giesebrechtstraße vom Durchgangsverkehr entlasten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Verkehrssicherheit und die Aufenthaltsqualität im Quartier am Meyerinckplatz nachhaltig zu verbessern. Dazu ist insbesondere zu prüfen, wie der zunehmende motorisierte Durchgangsverkehr durch den Aufbau einer Pollerreihe - modaler Filter - in der Giesebrechtstraße auf Höhe des Meyerinckplatzes (Einmündung Sybelstraße vor Nr. 15) wirksam reduziert werden kann. Die Einbahnstraßenregelung auf der südöstlichen Fahrbahn des Platzes ist entsprechend anzupassen, damit der verbleibende Ziel- und Quellverkehr ungehindert abfließen kann. Die Sperre soll so angelegt sein, dass einerseits der vom Kurfürstendamm kommende motorisierte Durchgangsverkehr unterbunden wird und zugleich Anwohner*innen, Gäste, soziale Dienste und der Wirtschaftsverkehr die umliegenden Straßen weiter befahren können. Ggf. ist zunächst eine temporäre Sperrung anzuordnen, um schneller Abhilfe zu schaffen und um den Effekt der getroffenen Maßnahmen zu evaluieren.

Der BVV ist bis zum 30.08.2021 zu berichten.

Begründung

Die Giesebrechtstraße am Meyerinckplatz wird vom motorisierten Individualverkehr vielfach als Abkürzung genutzt, um unter Umgehung der Kreuzung am Adenauerplatz vom Kurfürstendamm zur Wilmersdorfer Straße zu gelangen. Die gerade Straßenführung und die Einbahnstraßenregelung führen dazu, dass viele Motorisierte in dem Bereich die erlaubte Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h überschreiten; zudem wird die Route auch für lärmintensive sog. Profilierungsfahrten genutzt. Dieses Verhalten gefährdet die Sicherheit der anderen Verkehrsteilnehmer*innen, insbesondere von querenden Passant*innen und Radfahrenden in der Gegenrichtung, und stellt für Anwohnende eine erhebliche Belastung dar. Zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs soll daher die Durchfahrt am Meyerinckplatz für motorisierte Fahrzeuge unterbunden werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hertel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1920/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Schneller los - mit Haltebügel und Fußstütze - in der Bismarckstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt zu prüfen, ob die Installation von Haltebügeln mit Fußstütze nach dem Kopenhagener Modell an beiden Radwegen der Kreuzung Bismarckstraße und Kaiser-Friedrich-Straße möglich ist.

Es soll sich hierbei um ein Pilotprojekt handeln mit welchem geprüft werden soll, ob eine schnellere Räumung des Radverkehrs hierdurch ermöglicht werden kann und ob die Nutzung dessen positiv angenommen wird. Bei positiver Resonanz und Evaluation sollen weitere Installationen an den Kreuzungen entlang der Bismarckstraße folgen.

Für die Herstellung der Haltebügel mit Fußstützen sollen Kooperationen geprüft werden, wie zum Beispiel mit den Werkstätten der JVA. Zudem soll auch geprüft werden, ob die Finanzierung über das Fahrradsanierungsprogramm oder Infrakstrukturprogramm des Senats möglich wäre.

Ferner soll sich das Bezirksamt bei der BSR dafür einsetzen, ob Mülleimer (in schiefer Lage) jeweils an den Haltebügel installiert werden können.

Der BVV ist bis zum 31.05.2021 zu berichten.

Begründung:

Der Radschnellweg (Tangentialverbindung aus Spandau) ist bei vielen Bürgerinnen und Bürgern beliebt und insbesondere zu wärmeren Jahreszeiten hoch frequentiert. Dies kann gut beobachtet werden, wenn sich an der Kreuzung viele Radfahrerinnen und Radfahrer an der Ampel stauen. Durch eine Anbringung von Haltebügel mit Fußstützen könnte dieser Abfluss bei einer Anstauung an der Ampel schneller gelöst werden und somit insgesamt den Verkehrsfluss auf der gesamten Strecke verbessern. Positive Erfahrungen hiermit konnten in Kopenhagen (Ursprung der Idee) sowie auch in München,

Rostock, Leipzig, Bochum sowie vielen Städten Europas gesammelt werden. Auch der ADFC spricht positiv über solche Haltebügel und hat diese bereits gefordert.

Zudem erhöht sich durch eine Anbringung von Haltebügeln und Fußstützen die Komfortabilität des Radverkehrs.

Um die Kosten für die Herstellung zu verringern (in Rostock ca. 60-100 Euro) soll das Bezirksamt Kooperationen finden. Beispielsweise könnte die Herstellung auch in den Werkstätten der JVA erfolgen. Die Kosten sollen möglichst über das Fahrradwegsanierungsprogramm oder Infrastrukturprogramm des Senats getragen werden.

Bei der Herstellung sollen verschiedene Prototypen gestaltet werden, um aus den verschiedenen Varianten einen bestmöglichen Typus zu finden.

Insgesamt soll es sich hierbei um ein Pilotprojekt handeln, welcher evaluiert werden soll. Bei positiven Ergebnissen sollen weitere Kreuzungen an der Bismarckstraße ebenfalls solch eine Installation erhalten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1922/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Eine öffentliche Toilette für den S-Bahnhof Heerstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz dafür einzusetzen, dass eine öffentliche Toilette in unmittelbarer Nähe des Martha-Jacob-Platzes am S-Bahnhof Heerstraße eingerichtet wird.

Der BVV ist bis zum 31.05.2021 zu berichten.

Begründung:

Gerade an sonnigen Wochenenden strömen tausende Menschen in den Grunewald. Ausgangspunkt hierfür ist meist der S-Bahnhof Heerstraße. Das gänzliche Fehlen einer öffentlichen Toilette an dieser Stelle führt dazu, dass viele Menschen sich am Grünstreifen direkt neben dem S-Bahnhof oder am Waldrand erleichtern. Eine öffentliche Toilette ist hier dringend notwendig.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hertel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1924/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Grünpfeil-Schilder für den Radverkehr auch in Charlottenburg-Wilmersdorf installieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Grünpfeil-Schilder auch in Charlottenburg-Wilmersdorf an fünf Kreuzungen modellhaft zu testen und dann bei einem positiven Ergebnis kontinuierlich einzuführen, um die Attraktivität und Sicherheit des Fahrradfahrens zu steigern, sowie den Verkehrsfluss für Rad- und Autoverkehr im Bezirk zu verbessern.

Der BVV ist bis zum 31.05.2021 zu berichten.

Begründung:

Seit der Novelle der StVO 2020 können Städte Grünpfeilschilder nur für den Radfahrer-verkehr aufstellen. Dank dieser Beschilderung kann der Radverkehr sofort abbiegen, auch wenn die Ampel Rot anzeigt: Sie sind damit der Gefahr der Rechtsabbieger-Lkws und -Pkws "entzogen", eine der häufigsten Unfall- und Todesursachen. Ergänzend kreuzen die Radfahrer genau dann nicht mehr die Fußgängerfurt, wenn die Fußgänger Grün haben: Auch hier wird die Sicherheit für alle erhöht. Es gelten die gleichen Regeln wie für Stoppschilder: Radfahrende müssen kurz halten, auf Fußgängerinnen und Fußgänger achten und können dann rechts abbiegen. Dies verbessert den Verkehrsfluss und die Sicherheit für den Rad- als auch für den Autoverkehr. Bei steigendem Radverkehr müssten Rechtsabbieger-Kfz sonst viel länger warten, bis der Radverkehr vollständig den Kreuzungsbereich verlassen hat. 2019 wurden bereits 5 solcher Grünpfeil-Schilder für den Radverkehr in Tempelhof-Schöneberg, Mitte und Lichtenberg getestet. Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf soll das Konzept an fünf Kreuzungen in 2021 getestet und installiert werden. Für die Zeit ab 1.1.2022 fordern wir die Bezirksverwaltung auf, je Quartal die nächsten Kreuzungen zu priorisieren und an mindestens 3 Kreuzungen die Beschilderung vorzunehmen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hertel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1927/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr für alle - Ausbau der Fahrradstaffeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei den entsprechenden Stellen dafür einzusetzen, dass der substantielle Aufbau der Fahrradstaffel der Polizei in einer Teamstärke von mindestens 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Charlottenburg-Wilmersdorf zukünftig sichergestellt wird.

Der BVV ist bis zum 31.05.2021 zu berichten.

Begründung:

Die seit 2015 in Berlin testweise in Mitte und Kreuzberg-Friedrichshain im Einsatz befindlichen Fahrradstaffeln der Polizei haben in der Auswertung zu einer deutliche besseren Sicherheitsbilanz geführt: Die Zahl der schweren Unfälle hat sich halbiert*. Auf dem Fahrrad kümmert sich die Polizei insbesondere um Autofahrer und Radfahrer, die Verkehrsregeln missachten, also falsch abbiegen, falsch parken, rücksichtslos oder ohne Licht fahren und rote Ampeln ignorieren. Bei allen Verkehrsteilnehmern wurde das Verhalten vorsichtiger und regelkonformer. Auch Charlottenburg-Wilmersdorf soll von der erhöhten Verkehrssicherheit noch stärker profitieren, weshalb wir es begrüßen, dass das Ordnungsamt mit Beginn der wärmeren Jahreszeit wieder Fahrradstreifen einsetzen wird. Ferner müssen auch Fahrradstaffeln der Polizei substantiell aufgebaut werden.

*<https://udv.de/de/medien/mitteilungen/drei-jahre-fahrradstaffel-der-berliner-polizei>

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1937/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV

Lieferzone in der Bamberger Straße einrichten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, in der Bamberger Straße zwischen Güntzelstraße und Berliner Straße eine Lieferzone einzurichten.

Der BVV ist bis zum 30.09.2021 zu berichten.

Begründung

In der Bamberger Straße zwischen Güntzelstraße und Berliner Straße parken Lieferfahrzeuge der dortigen Gastronomie häufig in an Querungen für zu Fuß Gehende und in Einfahrten. Um den Lieferverkehr zu erleichtern und die Querungen für zu Fuß Gehende freizuhalten, sollte eine Lieferzone errichtet werden.